

Iserlohner Kreisanzeiger, 24.01.2023 + WP Menden

Politik in der Krise – und was kommt danach?

Bundestagspräsident a.D. Norbert Lammert eröffnet die 33. Iserlohner Winteruniversität mit spannendem Vortrag

Miriam Mandt-Böckelmann

Iserlohn. Von einem hochkarätigen Redner wurde die 33. Iserlohner Winteruniversität aus dem Corona-Schlaf geküsst: Der langjährige Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert begeisterte die Zuhörerinnen und Zuhörer im Audimax der University of Applied Sciences Europe (UE) mit einer spannenden Analyse rund um Krisenerfahrungen früher und heute und der Frage, wie – beziehungsweise ob – diese von der Politik gelöst werden können. Bürgermeister Michael Joithe sagte, die Veranstaltung treffe den Nerv der Zeit: „Ich freue mich, auf der sachlichen Ebene zu streiten – ohne persönlich zu werden.“ Das Motto „Brücken in die Zukunft“ sei aktueller denn je und die Winteruniversität, die in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Vil- ligst, dem Coworking-Space „Weltenraum“ sowie der Volkshochschule organisiert wird, besitze Strahlkraft auch über Iserlohn hinaus.

So viele gleichzeitige Krisen gab es in der Geschichte noch nie

Lammert zeichnete ein wenig erfreuliches Bild der Gegenwart: „Wir leben in einer Zeit der Mehrfachkrisen: Gesundheit, Natur, Wirtschaft, Energie, politische Krisen und Krieg. Dazu die persönlichen Krisen – eine solche gleichzeitige Häu-

fung hat es in der Vergangenheit noch nicht gegeben“, so der Bochumer. Auch neu, so Lammert: Wenn etwas Krisenhaftes passiert, dann wird die Politik dafür in die Verantwortung genommen.“ So werde zum Beispiel in Zeiten einer Pandemie das Krisenmanagement in erster Linie nicht von den Ärzten, sondern von der Politik erwartet. Die Folge: „Unter diesem enormen Erwartungsdruck und den beinahe unvermeidbaren Enttäuschungen, die entstehen müssen, ist das Vertrauen in die Politik ‚übersichtlich‘ geworden“, so der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung. Lammerts These: Parallel zu den gestiegenen Erwartungen in die politischen Entscheidungsträger ist das Vertrauen in ebendiese gesunken.

Der glänzende Redner hatte die Umfrage-Zahlen auf seiner Seite: „Mitte 2022 sagten lediglich 23 Prozent der Deutschen, dass sie der Zukunft mit Hoffnung entgegensehen – das ist der niedrigste Wert seit 1949.“ Egal, ob Korea-Krieg, Mauer-Bau, Ölkrise, Terror-Anschläge, Finanz- und Migrationskrise – keine dieser Notlagen hätten die Deutschen so bedrohlich erlebt wie die derzeitigen Krisen.

Die Bevölkerung hat hohe Erwartungen an die Politik

Dabei habe sich innerhalb des Jahres 2022 die Priorisierung und Wahrnehmung der Krisen mehr-

mals gewandelt: So habe sich Anfang 2022 alles um die Pandemie gedreht, diese Notlage sei durch den Überfall Russlands auf die Ukraine abgelöst worden. Später sei eine Gewöhnung an den Krieg eingetreten, aber die nächste Krise habe im Sommer mit der Angst vor der Energie-Mangellage nicht lange auf sich warten lassen, bevor es dann zur Inflation, der vierten Krise des Jahres 2022 gekommen sei, analysierte der 74-Jährige.

Je mehr Krisen stattgefunden haben, desto weniger hatte die Bevölkerung den Eindruck, die Politik könnte sie lösen.

Dr. Norbert Lammert, ehemaliger Bundestagspräsident

Das Problem für die Demokratie: „Je mehr Krisen stattgefunden haben, desto weniger hatte die Bevölkerung den Eindruck, die Politik könnte sie lösen“, analysierte Lammert.

Das Ausmaß des Vertrauensverlustes sei „bedenklich“, so trauten lediglich 33 Prozent dem Kanzler zu, die Krisen zu lösen. Am unbeliebtesten: die politischen Parteien – ihnen vertrauten nur noch 17 Prozent der Deutschen. Die Folge: „Nirgendwo anders ist die Diskrepanz zwischen Reputation und Bedeutung so groß wie bei den politischen Parteien“, so der CDU-Politiker.

Wer bestimmt darüber, was der Volkswille ist?

Und was machen jene? Sie schalten in den „Krisen-Modus“ und sprechen wie Bundeskanzler Olaf Scholz von einer „Zeitenwende“: Mit diesem Begriff seien Maßnahmen begründet worden, wie beispielsweise Waffenlieferungen oder die Aufstockung des Wehretats, für die es früher keine Mehrheiten gegeben habe, so Lammert, der sich an dieser Stelle einen Seitenhieb nicht

verkneifen konnte: „Stellen Sie sich mal vor, Olaf Scholz hätte damit seinen Wahlkampf geführt. Glauben Sie, er wäre heute im Amt?“

Laut Lammert leide aber nicht nur die Politik in Krisenzeiten unter einem Vertrauensverlust, immer öfter werde auch die repräsentative Demokratie in Frage gestellt, diese bekomme Druck von zwei Seiten. „Die einen sagen, die Politik soll wichtige Entscheidungen den Experten überlassen, und die anderen sind dafür, die Betroffenen selbst entscheiden zu lassen.“ Frei nach dem Motto: „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“. Das Problem sei jedoch: Wer reklamiere für sich, den Volkswillen in Anspruch zu nehmen? Die Populisten? Lammert: „Den Volkswillen gibt es nicht. Er ist das Produkt eines demokratischen Entscheidungsprozesses“. So bleibe als einzige Möglichkeit die Mehrheitsentscheidung in einer repräsentativen Demokratie, die aber immer mehr bedroht sei. „Die Krise der Demokratie halte ich für bedrohlicher und existenzieller als die vorhergenannten vier Krisen“, so Lammert.

Das trotzdem tröstliche Fazit des Bundestagspräsidenten a. D.: „Wir werden in der Lage sein, die Krisen zu bewältigen – wenn wir es denn wollen.“

In der folgenden Fragerunde hatten die Besucher der Winteruniversität Gelegenheit, mit dem Politiker ins Gespräch zu kommen: Bürokratie-Abbau, der Einfluss der Medien auf die politische Willensbildung, die Europawahl und eine geplante Verkleinerung des deutschen Bundestages waren die Themen.

Dr. Norbert Lammert, langjähriger Bundestagspräsident, hielt im Audimax der UE den Öffnungsvortrag.



Die Organisatoren Christoph Neumann (v. li., „Weltenraum“), VHS-Leiter Rainer Danne und Kerstin Gralher (Ev. Akademie Vil- ligst) eröffnete die 33. Winteruniversität.

MIRIAM MANDT-BÖCKELMANN

